Bericht der Bau- und Planungskommission an den Landrat

betreffend Verkehrsleitsystem Leimental
2019/335

vom 28. Oktober 2026

1. Ausgangslage

Mit der Motion von Klaus Kirchmayr, die vom Landrat als Postulat überwiesen wurde, wurde der Regierungsrat beauftragt, die Realisierung eines Verkehrsleitsystems für das Leimental zu planen bzw. zu prüfen. Nach der Ablehnung des Projekts ELBA (Entwicklungsplanung Leimental – Birseck – Allschwil) bedürften die Verkehrsprobleme im Leimental nach wie vor einer Lösung. Weil eine solche noch einige Jahre auf sich warten lassen dürfte, seien kurzfristig realisierbare Vorschläge gesucht.

In seiner Antwort führt der Regierungsrat aus, bereits mit der heutigen technischen Ausrüstung der Fahrzeuge könne viel Optimierungspotential genutzt werden. Optimierungen an Knoten würden nach Möglichkeit genutzt und es gebe immer wieder Justierungen. Für ein stärkeres Eingreifen im Sinne eines «Verkehrsmanagements» brauche es klare, präzise Ziele und eine regionale Abstimmung.

Der Regierungsrat verweist auf bisherige Erfahrungen mit Verkehrsleitsystemen, so in Rheinfelden. Das dortige System erfordere eine technische Grundausrüstung, personelle Ressourcen und Know-how und es führe zu Kosten von über CHF 10 Mio. Ein weiteres Beispiel sei das Verkehrsmanagement Basel-West, Allschwil & Binningen. Im Raum Binningen, Allschwil und Basel-West besteht die Herausforderung darin, das Verkehrsmanagement mit Planungen wie der Umgestaltung der Binningerstrasse in Allschwil oder den verschiedenen Vorhaben im Raum Bachgraben abzustimmen. Beim Fehlen eines übergeordneten Strassennetzes oder zweckmässigen Stauräumen bleibe der Handlungsspielraum und in der Folge die Wirkung bzw. der Nutzen eines Verkehrsmanagements begrenzt. Die Umsetzung der Konzepte brauche auch Zeit: Ein regionales Verkehrsmanagement hat einen Umsetzungszeitraum von 10 – 15 Jahren.

Ein regionales Verkehrsmanagement könne einen wertvollen Beitrag zur Bewältigung der verkehrlichen Situation im Leimental leisten und die bisherigen Bemühungen für die anderen Verkehrsmittel in dieser Region unterstützen. Gleichwohl berge ein solches Vorhaben diverse Risiken, weshalb eine gestufte Erarbeitung zwingend sei. In einer ersten Phase werden die Voraussetzungen, die Machbarkeit sowie die Kosten und der Nutzen aufzuzeigen sein. Unabhängig vom entsprechenden Vorhaben für das Leimental beabsichtigt der Regierungsrat, ab 2027 Mittel für die Planung und Projektierung von gebietsbezogenen Verkehrsmanagementkonzepten einzustellen. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, braucht es – wie das Beispiel Rheinfelden zeige – finanzielle Mittel für die konkrete Planung, zusätzliche personelle Ressourcen sowie den Aufbau der notwendigen technischen Infrastruktur für den Betrieb des Verkehrsmanagements.

Der Regierungsrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

Für Details wird auf die Vorlage verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 3. September 2026 beraten. Anwesend waren Baudirektor Isaac Reber und als Fachvertretung Stephanie von Samson, Leiterin Tiefbauamt, und Alain Aschwanden, Leiter Gesamtverkehrsplanung.

2.2. Eintreten

Eintreten war in der Kommission unbestritten.

2.3. Detailberatung

Auf die lange Dauer für die Beantwortung des Vorstosses angesprochen, führte die Direktion aus, dass die Projekte in Aargau und Basel-Stadt beobachtet worden seien. Das Aargauer Projekt habe gezeigt, dass ein solches Leitsystem ein grösseres Projekt darstelle. Auf die Frage eines Kommissionsmitglieds hin, ob ab 2028 ein System wie im Kanton Aargau aufgebaut werden solle, erklärte die Verwaltung, heute gebe es andere technische Möglichkeiten als ein solches System. In einem ersten Schritt müsste das vorhandene Potenzial und die benötigte technische Infrastruktur eruiert werden. Weiter müssten die Zielsetzungen erarbeitet werden und es müsste geklärt werden, ob die Region und die Gemeinden zur Mitarbeit bereit wären. Im Kanton Aargau gebe es einen Stab von Fachleuten, damit das Verkehrsleitsystem verlässlich gesteuert werden könne. Schliesslich stelle sich die Frage, ob die Fahrzeuglenker die Leitschilder überhaupt noch beachteten, da die Verkehrsinformationen in den Fahrzeugen besser seien als vor zehn Jahren und sich diese Entwicklung fortsetzen dürfte.

Ein Kommissionsmitglied erkundigte sich nach den im Leimental erfolgten kurzfristigen Verbesserungen im Strassenverkehr. Die Direktion verwies auf technische Massnahmen wie die Optimierung von Lichtsignalanlagen. Es werde laufend versucht, zu optimieren, jedoch seien die Strassenräume vorgegeben. Ebenso wäre das Projekt Langmattstrasse – eine Verbindung der beiden Hauptachsen im Leimental an der Grenze von Oberwil und Therwil – sinnvoll gewesen, das aber in einer Referendumsabstimmung abgelehnt wurde.

Ein Kommissionsmitglied erachtete die Idee eines Leitsystems mit Anzeigetafeln als sinnvoll. Ein anderes Kommissionsmitglied hingegen sprach sich gegen ein Verkehrsleitsystem aus, da im Leimental keine Stauräume ausserhalb der Dorfzentren verfügbar seien. Zudem zeigten Navigationssysteme die unterschiedlichen Routen auf und jeder habe die Freiheit, seinen Weg zu wählen und auch eine Busse zu bezahlen, wenn er im Quartier lande. Solche Systeme seien wenig zielführend und kosteten viel.

Die Kommission kam zum Schluss, dass das Anliegen geprüft und darüber berichtet wurde und sprach sich für Abschreibung des Postulats aus.

3. Beschluss der Kommission

://: Die Bau- und Planungskommission schreibt das Postulat 2019/335 einstimmig mit 13:0 Stimmen ab.

28.10.2026 / ps

Bau- und Planungskommission

Thomas Eugster, Präsident